

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 25

Artikel: "Wir bauen einen Rechtsstaat auf"
Autor: Schewardnadse, Eduard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093223>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Interview mit Eduard Schewardnadse

«Wir bauen einen Rechtsstaat auf»

Die polnische Journalistin Maria Graczyk, die erstmals auch für «zeitbild» schreibt, hatte die Gelegenheit, mit dem früheren sowjetischen Ausussenminister und Parlamentsvorsitzenden Georgiens, Präsident Eduard Schewardnadse, ein persönliches Gespräch zu führen. Maria Graczyks Spezialgebiete sind neben Polen die Schweiz und die ehemalige Sowjetunion.

Hat Sie die Politik noch nicht erschöpft?

Ich wäre unehrlich, wenn ich sagte, dass die Politik mich im Verlauf der Jahre nicht müde gemacht hätte. Ich habe jedoch kein Recht aufzugeben. Ich muss so lange arbeiten, wie ich kann; ich möchte das fertigmachen, was ich angefangen habe. Und vorläufig fehlt mir die Kraft nicht.

Wir müssen realistisch sein

Was beabsichtigen Sie zu tun, damit die formelle Unabhängigkeit Georgiens real wird?

Unsere Souveränität ist heute von der Innenpolitik abhängig; wir müssen die eigenen — wirtschaftlichen, sozialen und ethnischen — Probleme selbst lösen. Die äusseren Faktoren sind nämlich im Prinzip sehr begünstigend. Verglichen mit allen Jahrhunderten unserer Geschichte bestehen heute ideale Verhältnisse. Vieles hängt jetzt davon ab, ob wir besonnen genug sind, einen Rechtsstaat aufzubauen.

Sind Sie nicht der Meinung, dass zu diesem Zweck — sowohl in Georgien, als auch in anderen postkommunistischen Ländern — eine starke Exekutive notwendig wäre, mit einem mächtigen Präsidenten an der Spitze?

Es kommt darauf an, wer dieser Präsident sein wird und wie er selbst den Reformen gegenübersteht. Ich per-

sönlich suche eine andere Lösung. Die politische Kultur der Gesellschaft lässt nicht immer zu, die Beziehungen zwischen der exekutiven Gewalt des Präsidenten und der legislativen des Parlaments richtig zu gestalten. In Ländern wie den Vereinigten Staaten zum Beispiel existiert das Problem nicht, aber in Georgien hat man schon einmal einen Präsidenten und Parlamentarier gewählt, die sich nicht bewährt ha-

ben. Der Präsident gab sich mit dem gewählten Parlament nicht zufrieden, da er selbst eine bestimmte Staatsfunktion beanspruchte; er begann dann das Parlament aufzulösen. In kurzer Zeit entstand ein direkter Konflikt zwischen den beiden Machtorganen.

Ein ähnliches Szenario, obwohl nicht so dramatisch, spielt sich heutzutage in den anderen Republiken der

Ex-Sowjetunion ab. Die Zusammenarbeit mit dem Parlament bereitet Boris Jelzin ernsthafte Sorgen. Gawril Popow, der Bürgermeister Moskaus, musste hingegen unter dem Druck des Mossowjets, des Moskauer Parlaments, abdanken. Aus diesem Grund versuche ich eben einen anderen Ausweg aus der Übergangsperiode zu finden.

Denken Sie an eine konkrete Variante?

DER BRÜCKENSCHLAG

«Tag der Menschenrechte» zu Jugoslawien

Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch gegnerische Truppen gehören im Krieg sozusagen zum Alltag und sind für die betroffenen Opfer schon schrecklich genug. Wenn diese Greueln aber systematisch betrieben und Teil «ethnischer Säuberungen» sind, dann ist das etwas qualitativ anderes: Es grenzt an Genozid.

Der UNO-Beauftragte zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen im früheren Jugoslawien, der ehemalige polnische Regierungschef Mazowiecki, gab vor der UNO-Menschenrechtskommission in Genf der serbischen Seite die Hauptschuld an den bisher bekanntgewordenen Greueln, und er nahm auch erstmals Stellung zu den Berichten über systematische Sexualverbrechen. Er bestätigte, dass vor allem die islamische Zivilbevölkerung Opfer von Massenvergewaltigungen sei.

Gemäss Recherchen einer Journalistin vor Ort werden Muslime und Kroatinnen aus Bosnien von Angehörigen der ehemaligen «Jugoslawischen Volksarmee», der verschiedenen irregulären serbischen Verbände oder auch von einheimischen Serben vergewaltigt. Das bestätigte die Menschenrechtsorganisation «Helsinki

Watch», die aber noch auf serbischer Seite recherchieren will.

Bei diesen Verbrechen geht es nicht nur um die Erniedrigung der Opfer und deren männlicher Angehöriger, es geht speziell um das Schwängern der Frauen, weshalb diese oft auch bis zur fortgeschrittenen Schwangerschaft in Lagern gefangen gehalten werden; denn nichtserbische Frauen und Mädchen sollen Kinder von serbischen Vätern gebären.

Das hat die schweizerische Öffentlichkeit aufgerüttelt. Zahllose Organisationen und Institutionen in der Schweiz planen auf den 10. Dezember, den Tag der Menschenrechte, Aktionen und Demonstrationen in rund zwanzig Schweizer Städten. Rund achtzig Frauenorganisationen (von kirchlichen über gewerkschaftliche bis hin zu Service-Clubs) haben sich zusammengetan, um unter dem Motto «Wir haben eine Stimme» zu demonstrieren.

Mit der Aktion «100 Frauen reisen nach Zagreb» wollen Schweizer Frauen ihren Protest gegen den jugoslawischen Vergewaltigungswahn bekunden und eine Zusammenarbeit mit den «Frauen in Schwarz» in Zagreb sicherstellen. «Rehabilitations-

zentren für Frauen in Ex-Jugoslawien» sollen errichtet werden. Die gesamtschweizerische Koordination liegt beim christlichen Friedensdienst.

Am 10. Dezember soll ein landesweiter Appell von Gemeindevertretern lanciert werden, der die Gemeinden auffordert, mit Gemeinden im einstigen Jugoslawien konfessionsübergreifende Patenschaften einzurichten. Unterstützt wird diese Idee von den beiden eben erst abgelösten Ratspräsidenten Nationalrat Hans-Rudolf Nebiker und Ständerätin Josi Meier.

Schliesslich ruft die Sektion Schweiz der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM-CH) die Schweizer Bevölkerung und den Bundesrat auf, sich dafür einzusetzen, dass alle Lager und Einrichtungen im ehemaligen Jugoslawien verschwinden, die gegen die Menschenrechte verstossen. Hilfreich wäre, sich direkt an den serbischen Präsidenten Slobodan Milošević zu wenden, entsprechenden Druck auf die in Bosnien kämpfenden serbischen Truppen auszuüben. Die Adresse: Slobodan Milošević, Präsident der Republik Serbien, Postfach, Belgrad, Jugoslawien. (ms)

Die wichtigste Aufgabe der Übergangsperiode besteht nun darin, keine Konflikte auf den höchsten Ebenen der Macht zuzulassen. Heute können wir noch nicht die amerikanischen, deutschen oder sogar polnischen Lösungen übernehmen, da wir uns erst am Anfang des Weges befinden. Wir müssen deshalb ein eigenes Modell ausarbeiten, das vielleicht von den westlichen Demokratien verschieden sein wird. Eine parlamentarische Republik — mit einer starken Exekutive — sollte die Grundlage unseres Staates sein.

Vieles hängt von der Entwicklung in Russland ab

Um die internen Probleme zu bewältigen, ist auch eine stabile Aussenpolitik nötig. Was für eine Garantie gibt es für die Souveränität der Staaten, die nach dem Zerfall der UdSSR entstanden sind, wenn in Moskau nicht mehr Boris Jelzin, sondern zum Beispiel Alexander Ruzkoj oder Wladimir Schirinowski regieren würden?

Der russische Faktor ist sehr wichtig, nicht nur für Georgien und die Republiken der Ex-Sowjetunion, auch für ganz Europa. Russland ist ja doch ein sehr grosses Land, das über ein riesiges militärisches und wirtschaftliches Potential verfügt. Falls die politische Rechte in Russland die Macht erlangt — und ausser Schirinowski könnte man noch ein paar andere Namen nennen —, wäre das eine Tragödie; nicht nur für die Russen. Ich glaube nicht, dass wir gleich unsere Souveränität verlieren können, aber es wird sicher viele Opfer geben. Erinnern Sie sich bitte an die Versprechungen Schirinowskis, dass er als Präsident den baltischen Ländern sowie Finnland und Polen unverzüglich Gouverneure zuweisen würde. Und dass das nicht nur Hirngespinnste sind, bezeugt das Wahlergebnis: Für diesen Mann haben im letzten Jahr 7 Millionen Menschen gestimmt. Wenn die Wahlen heute durchgeführt würden, vermute ich,



Maria Graczyk beim Gespräch mit Eduard Schewardnadse.

bekäme er noch mehr Stimmen. Er ist eine ernsthafte Gefahr.

Mit Ruzkoj sieht es anders aus. Obwohl er auch mit den nationalen Gefühlen spielt, ist er kein extremer Reaktionsär. Ich hatte oft mit ihm gestritten, hauptsächlich als Antwort auf seine Versuche, sich in die internen Angelegenheiten Georgiens einzumischen. Trotzdem gehört er nicht zu den gefährlichsten Politikern in Russland.

Wenn man jedoch Ihren offenen Brief an Ruzkoj liest, der vor noch nicht langer Zeit mit den Bombardierungen georgischer Städte gedroht hatte, hat man den Eindruck, die Beziehungen zwischen Tbilisi und Moskau seien ziemlich gespannt.

In den Kontakten mit Russland gibt es ebensoviel Gutes wie Schlechtes; wir müssen realistisch sein. Durch die gegenwärtige Zusammenarbeit mit Jelzin versuchen wir gleichzeitig die Position der Demokraten in Russland zu stärken. Dank gemeinsamer Anstrengung ist es uns schon einmal gelungen, das Blutvergiessen in Südossetien und Abchasien einzudämmen. Wir machen alles, um

sämtliche Konflikte zu regeln, die beide Seiten beunruhigen. Zum jetzigen Zeitpunkt versuchen wir also, gute Beziehungen mit Russland aufzubauen, aber wenn die russische Regierung sich in ein antidemokratisches Regime verwandeln sollte, wäre es schwierig, über Freundschaft zu sprechen.

Georgien ist ein Pufferstaat

Im letzten Jahr haben Sie vor dem Putsch in Moskau gewarnt, und die darauf folgenden August-Ereignisse bestätigten die Richtigkeit Ihrer Befürchtungen. Nun spricht man erneut von einem Staatsstreich.

Ich halte einen militärischen Umsturz heute nicht mehr für möglich. Wenn sich aber die gesellschaftlichen Spannungen verschärfen, dann könnte es zu Massenprotesten kommen, deren Folgen dramatisch wären. Per-

sönlich glaube ich jedoch, dass eine solche Gefährdung erst bei extremer Verschlechterung der Lebensqualität entsteht. Dabei würde es den Rechtsradikalen helfen, sich mit den im Untergrund existierenden kommunistischen Strukturen zu vereinigen.

In diesem Zusammenhang spricht man manchmal von einem gewissen Dilemma — einerseits wird der Mangel an Hilfe für Russland die schwierigen Existenzbedingungen noch verschärfen, andererseits aber besteht die Besorgnis, dass die Hilfe den «russischen Bären» wecken könnte...

Ein demokratisch regiertes Russland sollte aktiv an den Abrüstungs- und Integrationsprozessen teilnehmen. Die westliche — vor allem ökonomische — Unterstützung begünstigt die Bildung einer demokratischen Gesellschaft, verstärkt die Position der demokratischen Kräfte in Russland. Aus diesem Grund teile ich nicht die Meinung, dass die wirtschaftliche Hilfe zur Entwicklung von Chauvinismus und imperialer Politik führen könnte.

Natürlich wäre ich froh, wenn ein kleiner Teil davon auch für Georgien

und die anderen kleinen Staaten bestimmt wäre. Diese Länder befinden sich zurzeit in einer tragischen Lage und brauchen dringend derartige Unterstützung. Ich verstehe jedoch, dass Russland die grösste Aufmerksamkeit des Westens verdient.

Der UNO und der EG fehlt es an Voraussicht

Das viel kleinere Georgien spielt aber die Rolle eines Pufferstaates zwischen Russland und der Türkei einerseits sowie dem Christentum und dem Islam andererseits.

Es ist wahr, dass Georgien eine besondere geopolitische Lage hat. Sobald wir mit unseren internen Problemen fertig werden, könnte Georgien zu einem sehr interessanten und politisch nützlichen Land werden — wir befinden uns auf der Grenze zwischen Norden und Süden, Europa und Asien, Christentum und Islam. Wir leben auf einem kleinen Flecken Erde, zusammen mit den Anhängern verschiedener Religionen. Es gibt aber bei uns aus diesem Grund keine Konflikte; in Tbilisi sind orthodoxe Kirche, Synagoge und Moschee benachbart. Wir könnten eine Art «Labor» darstellen, in dem religiöse Probleme friedlich gelöst werden. Angesichts der zunehmenden Gefahr religiöser Konflikte könnten wir als gutes Beispiel für deren Lösung dienen.

Befürchten Sie denn keine Expansion des Islams?

Vieles hängt von Europa ab. Die Türkei ist das erste Land, mit dem wir einen umfassenden Vertrag unterschrieben haben. Wir haben Vertrauen zur Türkei, weil sie am europäischen Integrationsprozess teilnimmt und ein «Leader» in der Gemeinschaft der Schwarzmeerländer ist. Ausserdem bin ich überzeugt, dass Europa sein Verhältnis zu Iran ändern sollte. Abgesehen von den objektiven Widersprüchen ist dieses

Land sehr an einer Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessiert. Meiner Meinung nach haben die Beziehungen zwischen Iran und Europa noch eine sehr grosse Zukunft. Und unterwegs liegt Georgien...

Sie waren einer der Kandidaten für den Posten des UNO-Generalsekretärs. Welche Entscheidungen würden Sie bezüglich Jugoslawien treffen?

Gegenwärtig habe ich zu wenig Zeit, noch über Jugoslawien nachzudenken; mir reichen die Probleme an Ort und Stelle. Ich denke jedoch, dass man bei grösserer Aktivität des Sicherheitsrates und der europäischen Strukturen den Zerfall Jugoslawiens zwar nicht hätte verhindern, aber doch kontrollieren können. Es gab damals die Chance, einen Zeitraum von zwei Jahren für die Trennung der jugoslawischen Republiken festzulegen. Es hätte die Möglichkeit gegeben, in der Zwischenzeit Verhandlungen zu führen. Ich glaube, dass wir uns verspätet haben — die Ereignisse kamen dem Handeln der Politiker und internationalen Organisationen zuvor. Das grösste Problem der Weltgemeinschaft ist die verspätete Reaktion. Sowohl der UNO als auch der EG fehlt es noch an der Fähigkeit, vorzusehen und entsprechende Massnahmen zu treffen.

Befürworten Sie also den Einsatz der UNO-Streitkräfte in Jugoslawien?

Am Anfang dieses Konfliktes hätte es Resultate gebracht, heute ist es schon zu spät. Vor einem Jahr wäre entschlossenes Handeln notwendig gewesen, und nicht Streit über die Zukunft Jugoslawiens. Selbst im Sicherheitsrat konnte man keine Einstimmigkeit erzielen. Die Meinungsunterschiede betrafen vor allem die Frage, ob man die alte Form der Föderation aufrechterhalten oder ob man die separatistischen Bestrebungen in den einzelnen Republiken unterstützen sollte. Mit einer geeigneten Politik und entschlossenen Massnahmen hätte man ein Moratorium erklären und Verhandlungen beginnen können, um die Spaltung des jugoslawischen Staates vorzubeugen.

Was gefährdet Ihres Erachtens den Frieden in der Welt am meisten?

Erstens die instabile Ex-Sowjetunion, und vor allem das instabile Russland; zweitens die sich vertiefenden Widersprüche zwischen dem Norden und Süden, da die Drittweltländer häufiger an die Vergrösserung des militärischen Potentials denken als an die Lösung der sozialen Probleme; drittens religiöse Konflikte. Das sind die Probleme der nächsten Zukunft, aber es gibt noch genug Zeit und Möglichkeiten, sie zu lösen.

Die europäische Integration ist noch zu langsam

Die Machtfunktion in Europa übernimmt nach dem Zerfall der Sowjetunion das — ebenfalls dank Ihnen — vereinte Deutschland.

Das vereinte Deutschland wird keine Gefahr für Europa darstellen, solange sich der europäische Integrationsprozess entwickelt. Ich möchte jedoch betonen, dass da neue Stufen erforderlich sind, weil wir uns keine Stagnation leisten können. Gegenwärtig ist aber die europäische Integration zu langsam. Die KSZE-Konferenz «Helsinki 2» war an viele in letzter Zeit entstandene Tatsachen nicht angepasst. Wenn Europa sich dynamisch entwickelt, gibt es keinen Grund zur Furcht vor den Deutschen. Der europäische Integrationsprozess bildet eine Art Schirm, der sowohl die kleinen als auch die grossen Länder beschützt. Solange der Prozess andauert und sich entwickelt, können die Europäer unbesorgt schlafen.

Bekommen Sie manchmal Äusserungen der Menschen zu hören, die behaupten, vor der Perestrojka sei es besser gewesen?

Ich weiss, dass viele Menschen so denken. Sie sind mit der heutigen Situation nicht zufrieden. Man kann kaum von einer solchen Stimmung in

Georgien sprechen, aber man spürt sie sicher in anderen Ländern der ehemaligen UdSSR — vor allem in Russland, wo es Kräfte gibt, die zur Wiederkehr des alten, totalitären Systems beitragen möchten. Man muss zugeben, dass es in dieser Denkweise eine gewisse Logik gibt: Es war Ordnung, alle lebten gemeinsam, es gab keine separatistischen Tendenzen, die Menschen bekamen zwar wenig, aber es reichte ihnen zum Überleben, ihre sozialen Bedürfnisse wurden berücksichtigt und — was auch nicht ganz bedeutungslos ist — sie waren Staatsbürger einer Weltmacht. Für die Chauvinisten sind das ausreichende Argumente.

Ich bin mir im klaren, dass zahlreiche Menschen die Perestrojka und mich vor allem von diesem Standpunkt aus beurteilen und dass ich von vielen gehasst werde. Tja, es ist ihre Sache, aber eine Wiederkehr zur alten Ordnung kann es nicht mehr geben.

Die heutige Bedrohung ist eine Folge des totalitären Regimes

Das Gebiet der Ex-Sowjetunion erinnert aber an ein Pulverfass, und bei den möglichen nationalen Konflikten sieht man kein Ende.

Diese Bedrohung ist eine Folge des totalitären Regimes. Die Georgier haben beispielsweise ständig von Unabhängigkeit geschwärmt, aber — ausser den Dissidenten — haben sie niemals laut darüber gesprochen. Zu jenen Zeiten gab es eine andere Politik. Ich trat ja wohl auch oft auf und betonte die Notwendigkeit nicht nur der Freundschaft, sondern der Aufrechterhaltung und Verstärkung der Sowjetunion. Anders durfte ich nicht, obwohl sogar die georgischen Internationalisten sich aus der tiefsten Seele ein freies Georgien wünschten.

Sehen Sie jetzt in der Retrospektive irgendwelche Fehler, die Sie begangen haben?

In der Aussenpolitik haben wir das Maximum erreicht, was unter den gegebenen Umständen der Sowjetunion möglich war. Man muss nämlich wissen, dass die Annäherung an den Westen, Befreiung Osteuropas, Vereinigung Deutschlands und der Abzug der sowjetischen Kräfte aus Afghanistan jeweils Resultat eines ausserordentlich scharfen Kampfes

innerhalb der Partei war. Ich staune manchmal, dass wir es ausgehalten haben — es war ein Wunder, dass es gelungen ist. Deshalb glaube ich, dass die Aussenpolitik, abgesehen von ein paar einzelnen Fehlern, richtig realisiert wurde. Anders im Fall der Innenpolitik — hier hat man viele Fehler gemacht, aber ich bin nicht derjenige, der sich darüber äussern sollte.

Wann haben Sie aufgehört, an den Kommunismus zu glauben?

Es begann Ende der siebziger Jahre; mir wurde damals klar, dass wir uns in einem ausgangslosen Tunnel befanden. Ferner habe ich den Kontakt zu Gorbatschow geknüpft, mit dem ich oft darüber diskutierte. Ich sagte ihm, dass sämtliche Staatsstrukturen

von oben bis unten verfault waren und dass man sie durchbrechen und austauschen sollte. Es tat mir leid, als ich begriffen habe, dass Kommunismus eine Illusion ist, die man nicht in die Realität umsetzen kann. Ich habe beschlossen, mir Mühe zu geben, damit eine neue — freie und glückliche — Gesellschaft entsteht. ■

Deutschland ist wieder ein Staat – Fritz Schenk aber nennt es noch immer: Mein doppeltes Vaterland



Fritz Schenk
„Mein doppeltes Vaterland“
 Verlag Johann Wilhelm Naumann,
 Würzburg
 327 Seiten, Fr. 30.90

Warum?

Tief sind die Wunden, die 45 Jahre Spaltung und sozialistische Verwüstung gerissen haben. Zunächst gilt es, die Ursachen und das Ausmaß der Schädigungen zu erkennen. Fritz Schenk kennt sie. Aus eigenem Erleben. Denn einst saß er selbst in Ost-Berlin im Vorzimmer der Diktatur.

Er wurde damit auch durch Forschung und Publizistik im Westen vertraut. Selbst in den Jahren, in denen viele Westdeutsche vor der Wirklichkeit im SED-Staat die Augen verschlossen, ist er nie der Zeitmode einer Schönfärberei des Sozialismus erlegen. Mit seinen realistischen Berichten hat er daher Zustimmung bei Millionen von Zuschauern im Fernsehen gefunden. Die Vergangenheit der DDR-Diktatur müsse man schonungslos aufdecken, wird heute vielfach gefordert. Wer das will, sollte dieses Buch lesen.

Fritz Schenk: **„Mein doppeltes Vaterland“**. 327 Seiten, 16 Bildseiten, mit einem Vorwort von Ottfried Hennig, Efalineinband mit Schutzumschlag.

Im Verlag Johann Wilhelm Naumann erschienen.

Bestellschein

An den CHRISTIANA-VERLAG
 CH - 8260 Stein am Rhein

Bitte senden Sie mir _____ Exemplare
 Fritz Schenk

„Mein doppeltes Vaterland“
 à Fr. 30.90 plus Versandkosten

 Name, Vorname

 Straße

 PLZ/Ort

 Datum

 Unterschrift